

Seit 2005 haben tausende Migrant_innen den Weg vom Sudan und später von Eritrea nach Israel überwunden um dort, nach der beschwerlichen Reise durch Ägypten und Sinai, Schutz zu suchen. Die ersten Migrant_innen flohen vor dem Genozid in Darfur, andere um der abscheulichen Wehrpflicht in Eritrea zu entkommen oder einfach um ein besseres Leben für sich oder ihre Familie zu suchen.

Abgesehen von Israels Entscheidung die meisten afrikanischen Asylsuchenden nicht gewaltsam abzuschieben (anders als diejenigen von Süd-Sudan), sind die Einstellung und die Maßnahmen von Israel, insbesondere dessen Führung, gegen Migrant_innen eher problematisch.

Die afrikanischen Geflüchteten wurden „ein Krebs in unserem Körper“ (MK Miri Regev) und „eine Bedrohung für den jüdischen und demokratischen Charakter des Staates Israel“ (Premierminister Binyamin Netanyahu) genannt. Es gab Aufrufe alle von ihnen abzuschieben (obwohl es eine Verletzung internationalen Rechts darstellt) oder sie andererseits in „Haftanlagen“ in der Wüste zu internieren.

Es gab gewaltsame Attacken von Individuen und Gruppen gegen afrikanische Asylsuchende, ihre Kindergärten und Geschäfte. Jetzt, in den letzten Monaten und Tagen, hat sich die Situation weiter zugespitzt.

Im Herbst 2012 wurde eine Mauer zwischen Israel und Ägypten gebaut. Zur selben Zeit, wurde vom Knesset eine Gesetzesnovelle zum „Anti-Infiltrationsgesetz“ verabschiedet, das ohne Gerichtsverfahren eine Haft bis zu drei Jahren für illegale afrikanische „Infiltrierer“ ermöglicht.

Am 16. September 2013 hat das Hohe Gericht Israels diese Gesetz anonym gekippt und vom Staat gefordert den Asylanspruch von den inhaftierten Migrant_innen ohne Gerichtsverfahren zu prüfen und/oder sie innerhalb 90 Tage frei zu lassen.

Am Mittwoch, den 11. Dezember, verabschiedete der Knesset eine neue sogenannte „Umgehungs-Novelle“ für das Anti-Infiltrationsgesetz. Diese erlaubt die Inhaftierung von Infiltrierern bis zu einem Jahr ohne gerichtliches Verfahren in einer sogenannten „offenen Haftanstalt“ mitten in der Wüste.

Die Novelle wurde sowohl von israelischen und auswärtigen Menschenrechtsorganisationen als auch von dutzenden führenden jüdischen Organisationen in den USA (unter anderem T'ruah, HIAS, et. al) in einem öffentlichen Brief an Netanyahu verurteilt. Andererseits wäre ein signifikanter Aufschrei der israelischen Bevölkerung von Nöten, welche zum Großteil das Gesetz zu unterstützen oder apathisch scheint.

Das ist der Stand, zu mindest bis vor Zwochen. 150 Migrant_innen marschierten von ihren „offenen“ Wüstenhaftanstalten nach Jerusalem um ihre Freiheit und Gehör für ihren Asylanspruch zu fordern. Ich habe es mit meinen eigenen Augen gesehen - und unzählige Israelis sahen es im Fernsehen und auf den Bildschirmen ihrer Computer - wie die friedlichen Protestierenden brutal von ihren jüdischen Unterstützer_innen weggerissen wurden, wie sie festgenommen und gezwungen wurden in einem Bus in ihre

Wüstengefängnisse zurück zu kehren. Nicht in meinem schrecklichsten Alptraum hätte ich mir vorstellen können, dass ich Zeuge eines solchen Anblickes im jüdischen Staat werden könnte. Einige sudanesishe, eritreische und israelische Aktivist_innen versammelten sich und entschieden etwas zu tun. Sie organisierten alle zusammen eine friedliche Demonstration, bei der sie Kerzen trugen. Aber nichts veränderte sich und die Regierung entschied die selbe Politik fortzusetzen und zusätzlich gab das Innenministerium die Anordnung Visa um ein oder zwei Monate zu verlängern um den Geflüchteten die Chance zu geben sich zwischen der Registrierung einer freiwilligen Rückkehr oder dem Aufenthalt in einem Internierungslager zu entscheiden.

Geflüchtete entschieden einen Arbeitsstreik über drei Tage und einen Marsch zu den auswärtigen Botschaften zu machen (UNHCR, USA, Canada, Deutschland, Frankreich, Äthiopien, Südafrika,...) um sie in einer Mitteilung dazu aufzufordern mit der israelischen Regierung zu sprechen.

Auch nach den drei Tagen des Streiks veränderte sich nichts und die Regierung kündigte an, dass sie die Entscheidungen des Knesset und des Hohen Gerichts nicht verändern würden.

Die Geflüchteten entschieden den Streik fortzuführen und am vierten Tag demonstrierten alle Geflüchteten vor dem Knessetgebäude. Am fünften Tag demonstrierten noch immer Menschen im Lewinsky Park in Tel Aviv. Nach einem Treffen wurde am 11. Januar 2014 entschieden eine erneute große Demonstration nur von Frauen und Kindern vor dem Haus des Premierministers stattfinden sollte um ihm eine Botschaft mit der Forderung nach einer besseren Lösung für die Probleme der Geflüchteten zu übergeben. Wenn die Regierung bis dahin nichts verändert hat, werden alle Geflüchteten bis zum 31. Januar 2014 ihre Asylanträge der RSD nach Genf schicken.

Am Sonntag den 12 Januar 2014 werden Geflüchtete in Kooperation mit NROs (ARDC, Hotline für ausländische Migrant_innen) Formulare in allen Städten verteilen.

Mit besten Grüßen,

Mohamed Adam Salih

Sudanese Refugee's Activist in Arad, Israel